

BrandStuve Sitzungsprotokoll

Veranstaltung: ordentliche BrandStuve Sitzung
Datum: 1. April 2006
Ort: Allgemeiner Studentischer Ausschuss Frankfurt (Oder)
Zeit: 11 Uhr

Anwesende Studierendenschaften:

BTU Cottbus , Universität Potsdam , Fachhochschule Brandenburg ,
Europa-Universität Frankfurt (Oder)

Tagesordnung:

1.1 Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird um 11:41 Uhr eröffnet. Die Sitzungsleitung wird von Ingrid (BTU Cottbus) übernommen.

1.2 Feststellung Beschlussfähigkeit

Es sind zunächst drei von acht und ab 12.13 vier von acht Mitgliedsstudierendenschaften anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird um 12.13 Uhr festgestellt.

1.3 Bestimmung Protokollführer

André Poddubny (EUV Frankfurt / Oder)

2 Berichte aus den Studierendenschaften

2.1 Bericht aus Potsdam

Matthias berichtet, dass die Universität die Bezahlfunktionen der Chipkarten für Studierende innerhalb des nächsten Semesters plane. Es bestehe seit 2 Jahren ein Vertrag zwischen der Studierendenschaft und der Universität, in dem u.a. auch die Funktionen der Chipkarten geregelt seien. Bezahlfunktionen für die Chipkarten seien in diesem Vertrag nicht vorgesehen. Die Universitätsleitung wirke aktuell auf eine Änderung des gemeinsamen Vertrages mit der Studierendenschaft hin. Grundlegende Änderungen am Vertrag seien seitens der Studierendenschaft jedoch nur mit einer Urabstimmung aller Studierenden möglich. Der AStA bewertet die Einführung der Bezahlfunktionen durchaus sehr kritisch (Datenschutz, etc.). Es stelle sich nun die Frage, ob die Einführung von Bezahlfunktionen für die Chipkarten eine grundlegende Änderung im Vertrag darstelle? Somit gebe es sowohl inhaltliche als auch formale Fragen zu klären.

Die Wahl des Rektors der Universität Potsdam, die jüngst ins Stocken geraten sei, solle bis Juli abgeschlossen sein. Der Amtsantritt des neuen Rektors sei für den 1. Januar 2007 geplant.

Im Zuge der anstehenden Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes stehe Matthias mit der Universitätsleitung in Kontakt. Man tausche sich bezüglich drei Novationen aus, die über die Experimentierklausel im BbgHG realisiert werden könnten. Hierbei handele es sich um die mögliche Implementierung eines studentischen Vizepräsidenten, die Einführung von Studiendekanen sowie eine strukturelle Erweiterung des Senats. Letzteres sei wichtig, als die Universitäten in Brandenburg in den letzten Jahren wesentlich autonomer geworden seien und im Zuge der Förderalismusreform noch selbständiger zu werden versprechen. So solle z.B. das Berufungsrecht vom Ministerium auf die Universitäten abgetreten werden. Im Zuge der Übernahme immer neuer Aufgaben und der Erhöhung der universitären Mitbestimmungstatbestände sollen aus Sicht des AStA nicht einzelne Positionen, wie z.B. der Rektor, sondern die universitären Gremien gestärkt werden. Eine Erweiterung des Senats könne eine sehr sinnvolle Lösung darstellen.

2.2 Bericht aus Cottbus

Ingrid berichtet, dass man sich mit der Universität über eine baldige Verwendung von Recyclingpapier in den Kopierern auf dem Campus verständigt habe.

Der StuRa habe eine Karikaturen- Ausstellung organisiert, die demnächst eröffnet werde. Der Besuch der Ausstellung sei kostenfrei.

Im Rahmen der städtischen 850 Jahrfeier habe die Studierendenschaft sich an einer städtischen Aktion beteiligt und für 1.500 € einen Krebs (Holzfigur, Stadtwappen von Cottbus) erstanden. Diese Figur solle nun in den nächsten Tagen öffentlich auf dem Campus eingeweiht und ausgestellt werden.

Der StuRa wird sich auf seiner nächsten Sitzung mit der Frage nach der Durchführung einer weiteren Urabstimmung zur Einführung eines Pflicht-Semestertickets unter den Studierenden auseinandersetzen. Neben dem StuRa könne noch das StuPa, drei Fachschaftsräte oder 5% der Studierenden der BTU (ca. 250 Studierende) die Durchführung einer Urabstimmung beantragen. Aufgrund der bisher zwei Mal negativ verlaufenden Urabstimmungen in dieser Frage sei man ob des Sinnes einer weiteren sehr skeptisch.

In Cottbus werde das Verfahren zur Wahl eines neuen Rektors fortgesetzt. In den vergangenen Wochen seien verschiedene Einsprüche gegen die

Wahlentscheidung des Senates bzw. das Wahlverfahren geprüft worden. Den Einsprüchen sei nicht stattgegeben worden. Die Bewerbungsfrist für den Rektoratsposten ende Mitte April. Aufgrund der Tatsache, dass die Universität Potsdam und die Fachhochschule Brandenburg ebenfalls neue Rektoren suchen, sei das Bewerberangebot in Brandenburg aktuell sehr „beansprucht“.

2.3 Bericht aus Brandenburg

Christian berichtet, dass die Fachhochschule den Posten des Präsidenten in unmittelbarer Zukunft ausschreiben werde.

2.4 Bericht aus Frankfurt (Oder)

André berichtet davon, dass das StuPa in Frankfurt (Oder) in naher Zukunft den Nachtragshaushalt für das laufende Haushaltsjahr verhandeln werde.

Der Senat habe im Februar die Einführung von 4 Masterstudiengängen in der Kulturwissenschaftlichen Fakultät genehmigt. Sowohl im Fakultätsrat als auch im Senat haben die studentischen Vertreter mit jeweils einer Enthaltung und einer Nein-Stimme die Konzepte abgelehnt. Der AStA und das Parlament werden aller Voraussicht nach über eigene Reaktionen auf diese Entscheidung nachdenken.

Der Universitätsleitung sei vom AStA mitgeteilt worden, dass polnische Abiturienten in diesem Jahr ihre Abschlusszeugnisse erst frühestens am 15. Juli erhalten. Aufgrund der aktuell gesetzten Bewerbungsfrist für das Wintersemester 2006/2007, die bis zum 15. Juli laufe, droht die Viadrina einen ganzen Abiturienten-Jahrgang aus Polen zu „verschenken“. Bei einem Anteil von 30 % polnischen Studierenden könne dies verheerende Auswirkungen auf die Immatrikulationszahlen haben. Es seien diesbezüglich Anfragen polnischer Studierender an die Viadrina von den Verantwortlichen sehr unterschiedlich beantwortet worden. Der AStA prüfe gerade, in wiefern die Universität in der Lage ist, die Bewerbungsfrist zu verlängern. Man hoffe, diese Prüfung in naher Zukunft mit einem positiven Ergebnis abzuschließen.

3. Hochschulpakt

Nach der Verabschiedung der Forderungen der BrandStuve im Zuge der Verhandlungen zum Hochschulpakt seien die Reaktionen bisher sehr verhalten gewesen. Alle Anwesenden teilen die Ansicht, dass die Verhandlungen aller Wahrscheinlichkeit bereits sehr fortgeschritten sein könnten. Man einigt sich darauf, sich zu diesem Thema in einer Arbeitsgruppe am 22.04. in Frankfurt (Oder) zu treffen.

4. 51 € Klage Rückmeldegebühren

Arne Karrasch, Musterkläger aus Potsdam, habe mit der Rechtsanwältin Ivanyi Verhandlungen bezüglich der weiteren Vergütung von RA Ivanyi geführt. Ergebnis dieser Verhandlungen sei eine Zusage von RA Ivanyi, für eine Summe von 800 € die Brandenburger Studierenden bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Potsdam weiter zu beraten und die Klage zu betreuen.

Es wird folgender Beschluss einstimmig von den anwesenden Studierendenschaften (5 Ja-Stimmen) getroffen.

Bis zu einer Entscheidung (die nicht mit einem Urteil identisch sein muss) vom VG Potsdam soll die Klage weiter von RA Ivanyi betreut werden. Für die bis dahin anfallenden Betreuungskosten sowie die Kosten für die Erstellung einer Bewertung der Aufschlüsselung der Universitäten sind die Hochschulen und die BrandStuve bereit in den nachfolgend genannten Summen RA Ivanyi zu bezahlen.

300 € vom AStA EUV

100 € vom AStA Brandenburg

300 € vom StuRa Cottbus (noch zu beantragen)

100 € BrandStuve

5. Sommerfeste der Brandenburger Studierendenschaften

Die von André vorgetragene Idee, man könne und sollte sich auf den jeweiligen Sommerfesten der einzelnen Hochschulen treffen wird von allen unterstützt.

6. Kontaktaufnahme mit der Landeskonferenz der Studierendenschaften Mecklenburg-Vorpommern

Der Sprecher der Landeskonferenz der Studierendenschaften in MV, Dirk Stockfisch, habe der BrandStuve einen Informationsaustausch angeboten. Ingrid wird für die BrandStuve Kontakt mit Dirk aufnehmen.

7. Beschluss über Vorschläge zur Reformierung der BrandStuve

Ingrid erstellt bis zum 9.04. eine Erklärung der Zielstellung über die strukturellen Änderungen der BrandStuve und wird diese dann allen Mitgliedsstudierendenschaften der BrandStuve zusenden.

Das Arbeitsprogramm der BrandStuve wird ebenfalls von Ingrid bis zum 9.04. zusammengefasst, ausformuliert und an alle Mitgliedsstudierendenschaften gesendet.

Die Studierendenvertreter der drei Universitäten werden nach Vorliegen der beiden zuvor genannten Dokumente (Erklärung, Arbeitsprogramm) in Kontakt mit den unten genannten 4 Fachhochschulen treten und einen Informationsaustausch zur Reform der BrandStuve initiieren. Auf der nächsten BrandStuve-Sitzung solle die Reform der BrandStuve beschlossen werden.

Informationspartnerschaften:	FFO –	FH Wildau
	Cottbus –	FH Lausitz
	Potsdam –	FH Potsdam
	Potsdam/GeFü	FH Eberswalde

8. Beschluss über Satzungsänderungsvorschläge

Matthias (Potsdam) hat die aktuelle Satzung der BrandStuve überprüft und Änderungsvorschläge vorbereitet. Man einigt sich auf verschiedene Änderungsvorschläge (der Anlage zu diesem Protokoll zu entnehmen).

Cottbus und Potsdam überprüfen, ob Studierendenschaften oder nur Personen in den Vorstand der BrandStuve gewählt werden können.

Es wird einstimmig beschlossen eine Finanzordnung für die BrandStuve zu entwerfen. Matthias wird André hierzu Eckdaten überliefern und Andre wird auf diese aufbauend zeitnah einen Vorschlag für eine Finanzordnung entwerfen.

9. nächste BrandStuve-Sitzung

Die nächste BrandStuve-Sitzung wird in Form einer öffentlichen Mitgliederversammlung am 30.04. um 11 Uhr s.t. in den Räumen des AStA Potsdam stattfinden

Protokollant: André Poddubny